

Banken und Proleten

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 10

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339759>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schönheit sterben wollen. Wir wissen auch, dass ein armer Staat kein sozialer Staat sein kann. Und wir haben zur Genüge erfahren, dass es in unserer Demokratie keine Kunst ist, Finanzvorlagen – sofern es keine Sparpakete sind – im Abstimmungskampf zu bodigen. Gerade in der Finanzpolitik brauchen wir jene breit abgestützten Kompromisse von der Mitte her, ohne die ein politisches System mit halbdirekter Demokratie meist nur zu Nullentscheiden fähig ist. Ich plädiere nicht für faule Kompromisse um jeden Preis. Wir müssen zu unseren Überzeugungen stehen, und wir sollen unsere Forderungen anmelden, aber wir dürfen nicht erwarten, dass wir sie allesamt durchsetzen können. Und wir müssen wissen, was uns wirklich wichtig ist. Ich glaube nicht, dass wir beim gegenwärtigen Bildungsstand und Organisationsgrad der Lohnabhängigen aus der Finanzkrise des bürgerlichen Staates für unsere Ziele Kapital schlagen können, und ich glaube noch viel weniger, dass wir in einer solchen Krise gar das Kapital als solches schlagen können. Derlei Hoffnungen haben sich leider als Illusion erwiesen. Vorläufig sind wir auf diesen Staat noch angewiesen, und wir müssen dafür sorgen, dass er uns weder unter dem Hintern wegrationalisiert noch finanziell kaputtgemacht wird!

Verschiedene Kampfformen

Diese Überlegungen sollen uns den Doppelcharakter unserer Bewegung und unserer Partei verdeutlichen: Wir kämpfen nicht bloss mit den Waffen der Opposition, sondern wir verfügen auch über die – ich bin versucht zu sagen «subversiven» – Mög-

lichkeiten der Integration in dieses System. Und es wird wohl niemand bestreiten wollen, dass wir im Laufe der Jahre auf diesem zweiten, «subversiven» Weg diesen Staat und dieses System verändert haben und einigen unserer Ziele erheblich näher gekommen sind. Aber wir haben unsere Strategie der Integration zu stark auf zwei Ziele ausgerichtet, die heute fragwürdig geworden sind: auf die rein quantitative Ausweitung des Staatsanteils am Sozialprodukt und auf die Stärkung des Zentralstaats. Wenn ich diese Ziele kritisch in Frage stelle, so bin ich mir der heiklen Situation durchaus bewusst, dass auch konservative Kreise mit anderer Zielsetzung ähnliche Fragen aufwerfen. Das berechtigt uns aber auch als Sozialisten nicht, an diesen zentralen Problemen vorbeizuschauen. Was die Ausweitung des Staatsanteils am Sozialprodukt betrifft, so wage ich zu behaupten, dass das Ende der Wachstumsepoche dieser Entwicklung gewisse Grenzen setzt. Der Kampf um die Verteilung des Kuchens wird härter werden, und es fragt sich, ob wir nicht vermehrt versuchen sollten, den «Besitzstand» zu wahren und unsere Kräfte auf qualitative Ziele zu konzentrieren: auf den Ausbau alternativer Wirtschaftsformen (Genossenschaftswesen, Selbstverwaltung, Selbstversorgung) einerseits und auf die internationale Kontrolle des international agierenden Kapitals andererseits. Denn mit rein quantitativer Aufblähung des Versorgungsstaats und nationaler Nabelschau ersticken wir nicht nur politische Initiative und Motivation des Bürgers, sondern werden auch zunehmend hilflos gegenüber der wachsenden

Macht internationaler Wirtschaftsmonopole, die sich einen Deut um unseren Sozialstaat scheren.

Wir sollten uns auch nicht mehr um die Stärkung nur des Zentralstaats kümmern. Durch die Aufblähung seiner Bürokratie und seiner komplizierten Gesetzgebung ist er für den Bürger ohnehin in unverständliche und unüberschaubare Ferne gerückt. Ich hege deshalb die leise Hoffnung, dass eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, die das föderalistische Element unseres Staates stärken soll, längerfristig auch positive Folgen für unsere Bewegung haben kann. Wenn auch vorerst gewisse Sozialleistungen in Frage gestellt sein werden, so öffnet sich doch auch die Chance, dass die Lohnabhängigen selber den sozialen Fortschritt im überschaubaren kantonalen und kommunalen Rahmen wieder vermehrt erkämpfen, weil sie sich nicht mehr allein auf den Einsatz ihrer nationalen Funktionäre verlassen können.

Banken und Proleten

Wie sich schweizerische Bankiers den Proletarier vorstellen, stand in einem Wochenbericht der Bank Julius Bär & Co. AG zu lesen. Unter dem Titel «Verbürgerlichung der Arbeiterschaft und Proletarisierung des Bürgertums» haben wir folgende Definition der «proletarischen Geisteshaltung» gefunden:

«Es handelt sich um: Arbeitsunlust, Ausweichen vor An-

strengung, auch der Anstrengung des Risikos, statt langfristiger Zielplanung unmittelbare Befriedigung, Egalitätsstreben, Zweifel an der Gerechtigkeit der Belohnung und Statusfatalismus, das heisst Zweifel an der Möglichkeit, durch Anstrengung den eigenen Status zu verbessern.

Wenn wir diese Haltungen als kennzeichnend für die Proletarier anerkennen, kann in der Tat kaum mehr ein Zweifel daran bestehen, dass die moderne Industriegesellschaft sich in fast allen ihren Teilen den proletarischen Werten angenähert hat. Wer wollte bestreiten, dass die Arbeitsunlust grösser und die Arbeitsfreude kleiner geworden ist? Wer wäre bereit, den Beweis dafür anzutreten, dass

die permissive Gesellschaft nicht überhandgenommen hat, die ein Ausweichen vor Anstrengung und das Vorziehen der unmittelbaren Befriedigung vor der langfristigen Zielplanung in sich schliesst? Dass das Egalitätsstreben im Zuge der Fundamentaldemokratisierung zu den Merkmalen der Zeit gehört, ist ebenso klar. Ergo: Es trifft wohl zu, dass sich bei keinem der Bereiche Arbeit, Erziehung, Besitzstand, allgemeine Grundwerte und Lebenseinstellung Anzeichen finden, die für eine Verbürgerlichung der Arbeiterschaft in diesem Sinne sprechen würden.»

Wir meinen: Es bleibt doch dabei:

Proletarier alle Länder, vereinigt Euch!

kratie vor dem Ersten Weltkrieg gescheitert, und damit ist die Sozialdemokratie vor dem Zweiten Weltkrieg auf andere Art gescheitert. Dieser politische Pazifismus, dem ich (Bruno Kreisky) mich auch seinerzeit verbunden gefühlt habe, der ist tot, politisch tot gewesen, nachdem Hitler ganz Europa erobert hatte. Es hat sich in der Sozialdemokratie eine neue Art Politik durchgesetzt: die Forderungen nach schrittweiser Abrüstung, nach Rüstungsstopp, nach ähnlichen Massnahmen politisch so zu vertreten, dass wir diesem Gedanken eine gewisse Durchsetzbarkeit verschaffen wollen.»²

Auch das Ende des «Dritten Reiches» (mit seinem Expansionsdrang, der totalen Repression gegen alle Andersdenkenden, den Konzentrationslagern und Gaskammern usw.) wurde nicht (und wäre auch nicht) durch pazifistische Ideale erreicht (worden). Die Wiedererrichtung mehr oder weniger demokratischer Gesellschaftsordnungen war nur durch militärischen Kampf möglich.

Aber auch engagierte (sozialdemokratische) Christen von heute, die mit den Worten der Bergpredigt «Wenn dir jemand auf die rechte Wange schlägt, dann halte auch die linke hin» ihr totales Engagement für Abrüstung begründen (und dabei auch die Abschaffung unserer bewaffneten, niemand gefährdenden, total defensiven militärischen Macht fordern), sollten ihre kollektive Verantwortung für unsere demokratische Gesellschaft in Betracht ziehen. Darf ein Christ zusehen, wenn die «Wange seines Bruders» geschlagen wird? Muss er ihm nicht zu Hilfe eilen? Wenn er Zeuge einer gewalttätigen Misshandlung eines

Wolfgang Schneider

Abrüstung durch Umrüstung

Aus der Sicht eines österreichischen Berufsoffiziers

Wer bestehende militärpolitische Denkkategorien (Friedenssicherung durch Overkill-Kapazitäten, Nachrüstung, Militärpolitik der Stärke, Gleichgewicht des Schreckens usw.) fortschreiben will, steht heute noch kaum unter Beweis- und Legitimationszwang. Unter Beweiszwang – und gegen (gesellschaftliche) Diffamierung («Linker», Spinner usw.) ankämpfend – stehen all jene, die militärische Alternativen für möglich, richtig, notwendig und (über-)lebenswichtig halten. Diese Ausführungen sollen zeigen, dass wir auch auf diesem Gebiet, wenn wir überleben wollen, neue, unkonventionelle Wege gehen müssen. Der Autor, Dr. Wolfgang Schneider ist von Beruf Elektromechaniker, hat über den 2. Bildungsweg studiert und ist im Majorsrang als Berufsoffizier tätig. Schneider ist Sozialdemokrat.

Die pazifistische Tradition innerhalb der Sozialdemokratie war immer mitentscheidend für den Weg und Erfolg dieser Bewegung.¹ Damit ist sie Erbe freiheitlich bürgerlichen Denkens, als

dessen adäquater Träger sie im Zeitalter der «Massengesellschaft» erscheint.

Diese Tradition hat jedoch grosse Niederlagen einstecken müssen:

«Damit ist die Sozialdemo-